

Niederschrift über die öffentliche Sitzung

Nr. 2/2014

des Gemeinderates von Wartmannsroth am Dienstag, den 11.02.2014
im Sitzungssaal in Wartmannsroth

Anwesend sind:

vom Gremium:

- | | |
|-------------------------------|----------------|
| 1. Bürgermeister Jürgen Karle | (Vorsitzender) |
| 2. Bürgermeister Edgar Lutz | |
| Eugen Bock | |
| Roland Brönnner | |
| Peter Görke | |
| Brigitte Haas | |
| Werner Kaute-Vogt | |
| Jürgen Müller | |
| Astrid Mützel | |
| Stefan Schottdorf | |
| Georg Ullrich | |

entschuldigt:

- 3. Bürgermeister Kurt Selbert
- Thomas Kleinhenz
- Christian Kohlhepp
- Joachim Lutz

von der Verwaltung:

anwesend:

- | | |
|-----------------|-----------------|
| Daniel Görke | (Schriftführer) |
| Adelheid Tröger | |
-

Zu Beginn der Sitzung stellt der erste Bürgermeister fest, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Die Beschlussfähigkeit ist damit gegeben. Gegen das vorab veröffentlichte Sitzungsprotokoll der letzten Sitzung werden keine Einwände erhoben, es gilt somit als genehmigt.

1. Beratung des Haushalts 2014

In der Sitzung des Gemeinderates am 17.12.2013 wurden unter Punkt 5 die geplanten Investitionen für das Haushaltsjahr 2014 vorberaten. Der jetzt vorgelegte Haushaltsentwurf für das Jahr 2014 kann ohne die Aufnahme von Krediten finanziert werden. Eine Verschiebung der in der Vorberatung geplanten Investitionen in das Haushaltsjahr 2015 ist nicht erforderlich.

Gemeindekämmerin Adelheid Tröger geht in ihren Ausführungen zunächst auf die Eckdaten des Haushalts ein.

Der Gesamthaushalt hat ein Volumen von 4.881.850 Euro und liegt somit 251.150 Euro niedriger als im letzten Jahr. Die freie Finanzspanne ist mit 131.500 Euro ausgewiesen und damit relativ gering bemessen. Dies läge jedoch an einer Nachzahlung für den Schulhausbau in Diebach, die noch an die Stadt Hammelburg zu leisten ist und mit rund 180.000 Euro zu Buche schlägt.

Auch in diesem Jahr genieße der Schuldenabbau oberste Priorität, d.h. neben der Vermeidung einer Neuverschuldung sind Tilgungsleistungen in Höhe von 157.000 Euro eingestellt, womit die Pro-Kopfverschuldung am Ende des Jahres auf 774,72 Euro zurückgeführt wird und dann nur noch rund 60 Euro über dem Landedurchschnitt liegt.

Bei dieser Gelegenheit wird festgestellt, dass trotz der vielen Maßnahmen, die in den letzten Jahren umgesetzt wurden, z.B. Kindergartensanierung, Schulhausbau, Turnhallensanierung, Rathausneubau, Ortsdurchfahrt Windheim, sowie die Sanierung bzw. Erweiterung einiger Feuerwehrhäuser die Verschuldung kontinuierlich zurückgeführt wurde. Allein in den letzten 12 Jahren wurde die Verschuldung um rund 60% zurückgefahren.

Im Bereich der Personalausgaben ist insgesamt auch eine Kostenreduzierung eingeplant, obwohl im Stellenplan sowohl im Bauhof, als auch in der Verwaltung zusätzliche Stellen berücksichtigt sind. Die Reduzierung ergibt sich aus der Entscheidung des Gemeinderates die Arbeiten im Gemeindewald künftig weitestgehend zu vergeben, was andererseits natürlich eine Erhöhung des Kostenansatzes für Verwaltungs- und Betriebsaufwand zur Folge hat. Dieser ist in diesem Jahr mit 1.329.150 Euro angesetzt.

Im Zusammenhang mit dem Betriebsaufwand weist zweiter Bürgermeister Edgar Lutz auf einen dringenden Regelungsbedarf hinsichtlich der Bewirtschaftung von gemeindlichen Gebäuden hin. Seiner Meinung nach seien die Vereine in anderen Ortsteilen wesentlich schlechter gestellt als die Vereine in Wartmannsroth, die das Feuerwehrhaus nutzen. Er begründet dies damit, dass die Betriebskosten für das Feuerwehrhaus Wartmannsroth rund 10.000 Euro betragen. Demgegenüber stünden jedoch lediglich Einnahmen von 1.000 Euro aus Vermietungen. Andernorts seien die Vereine komplett selbstständig für die Bewirtschaftung der Häuser zuständig, während in Wartmannsroth die Gemeinde sämtliche Betriebskosten übernehme. Er stellt jedoch ausdrücklich klar, dass es ihm bei einer Neuregelung nicht um eine Schlechterstellung der Wartmannsrother Vereine ginge, sondern um eine Besserstellung der Vereine in den anderen Ortsteilen. Deshalb sei im Haushalt ein Ansatz vorzusehen, der die Unterstützung der anderen Vereine versähe.

Georg Ullrich schließt sich dieser Meinung an. Auch im Hinblick auf die anstehenden Bauarbeiten am Feuerwehrhaus Wartmannsroth werde mit zweierlei Maß gemessen. Während die Vereine in Windheim sogar Kredite aufnehmen mussten um ihr Feuerwehrhaus zu erweitern, werde eine verhältnismäßig geringe Kostenbeteiligung der Wartmannsrother Vereine akzeptiert.

Bürgermeister Karle erläutert daraufhin, dass die ungleiche Praxis, was die Betriebskosten in Gemeindegebäuden betrifft, von den unterschiedlichen Vertragsgestaltungen der entsprechenden Nießbrauchrechte herrühre. Die damaligen Gemeinden hätten 1978 in ihren Orten sehr unterschiedliche Regelungen mit den örtlichen Vereinen getroffen. Als Rechtsnachfolgerin der ehemaligen Gemeinden sei die Gemeinde Wartmannsroth jedoch weiterhin an diese Verträge gebunden. Seiner Meinung nach sei es sicher richtig, dass hier darauf hingewirkt werden müsse alle Vereine gleichzustellen, wobei dies wohl nur bedingt möglich sei. Allerdings widerspricht er dem Ansatz von Herrn Lutz, der eine Erhöhung der Gemeindeausgaben vorsieht. Zwar müsse es weiter Ziel der Gemeinde sein die Vereine zu unterstützen, dabei müsse man sich aber dennoch bemühen die Kosten zu reduzieren bzw. die Einnahmen zu erhöhen. Deshalb sei es unumgänglich die Vereine an bestimmten Betriebskosten zu beteiligen.

Zum Einwand von Herrn Ullrich merkt der Bürgermeister an, dass in Windheim zwanzig Jahre lang so gut wie nichts am Feuerwehrhaus gemacht worden sei und deshalb nun eine Generalsanierung mit immensen Belastungen für die Vereine anstand. Dagegen habe in Wartmannsroth speziell die Feuerwehr in den vergangenen Jahren permanent in das Gebäude investiert, sodass man jetzt eigentlich nicht mehr erwarten könne.

Aufgrund der Komplexität dieses Themas bricht er die Diskussion jedoch an dieser Stelle ab und kündigt einen entsprechenden Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung an.

Frau Tröger umreißt anschließend noch einmal das Investitionsprogramm. Rein haushaltstechnisch seien alle Maßnahmen realisierbar, ohne dass Kredite in Anspruch genommen werden müssten. Ob letztendlich auch alle Maßnahmen umgesetzt werden sei jedoch offen. Sie zeigt auf, dass ein Verzicht auf bestimmte Maßnahmen zugunsten einer Erhöhung der Rücklage in der jetzigen Finanzmarktlage nicht sinnvoll ist.

Kritisch hinterfragt werden die hohen Gesamtkosten der Ingenieurhonorare, die insgesamt mit 90.000 Euro im Haushalt ausgewiesen sind. Es wird erläutert, dass der geplante Ausbau der Ortsdurchfahrten von Wartmannsroth und Schwärzelbach bereits 2014 Planungskosten verursache, die angesichts der hohen Investitionskosten entsprechend ausfallen.

Im Hinblick auf ein ausgewiesenes Defizit im Bereich der Friedhöfe fragt Astrid Mützel nach, wie dieses vermieden werden könne. Daraufhin wird erläutert, dass die Einnahmen erhöht werden könnten, indem die Gebühren erneut drastisch erhöht würden oder man müsse die Ausgaben senken, d.h. es müssten Abstriche hinsichtlich der Gestaltung und Pflege der Friedhöfe gemacht werden. Langfristig sollte über eine Umgestaltung der Friedhöfe oder die Stilllegung von Teilbereichen nachgedacht werden. Außerdem sei es empfehlenswert auch über Alternativen wie Friedwälder oder Ruhewiesen nachzudenken, die hinsichtlich Pflege und Gestaltung lange nicht so kostenintensiv seien.

Eugen Bock erinnert an eine Kanalbaumaßnahme im Müllersweg in Dittlofsroda. Diese sei im vergangenen Sommer besprochen worden und sollte nicht aus den Augen verloren werden.

Da es ansonsten keine Anmerkungen zum Haushalt 2014 gibt, bedankt sich der Bürgermeister bei Frau Tröger für Ihre Ausführungen und beauftragt sie bis zur nächsten Sitzung einen beschlussreifen Haushaltsplan mit Anlagen und Haushaltssatzung vorzulegen.

2. Antrag von Frau Miriam Steigerwald auf Verlängerung der Geltungsdauer des Vorbescheides für die Errichtung eines Wohnhauses auf dem Grundstück FINr. 44/3 Gemarkung Heiligkreuz

Mit Vorbescheid vom 30.03.2011 wurde vom Landratsamt Bad Kissingen die Genehmigung eines Wohnhauses auf dem Grundstück FINr. 44/3 Gemarkung Heiligkreuz in Aussicht gestellt. Die Gemeinde hatte hierzu eigens eine Einbeziehungssatzung erlassen.

Die Gültigkeit des Vorbescheides wurde auf drei Jahre begrenzt.

Mit Schreiben vom 15.01.2014 beantragt Frau Steigerwald nun die Verlängerung der Geltungsdauer des Vorbescheids um zwei weitere Jahre. Hierzu ist das gemeindliche Einvernehmen notwendig.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth erteilt sein Einvernehmen zur Verlängerung der Geltungsdauer des Vorbescheides für Frau Miriam Steigerwald zur Errichtung eines Wohnhauses auf dem Grundstück FINr. 44/3 Gemarkung Heiligkreuz.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

3. Antrag der Stiftung Juliusspital auf Erteilung einer Erstaufforstungserlaubnis für das Grundstück FINr. 377 (gemeindefreies Gebiet), Abteilung Frohnbach

Das Grundstück FINr. 377 an der Gemarkungsgrenze Völkersleier hat eine Gesamtfläche von 6,7 ha und ist größtenteils mit Laubwald bewachsen. Eine derzeit noch als Grünland genutzte Fläche von ca. 1,5 ha soll nun als Kurzumtriebsplantage (Energiewald) aufgeforstet werden.

Laut Flächennutzungsplan/ Landschaftsplan der Gemeinde ist die Fläche jedoch als schützenswertes Feuchtbiotop in einer Biotopverbundlinie für den Artenwechsel dargestellt. Unter diesem Aspekt sollte der Erstaufforstungsantrag nicht befürwortet werden.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth erteilt sein Einvernehmen zum Antrag der Stiftung Juliusspital auf Erteilung einer Erstaufforstungserlaubnis für das Grundstück FINr. 377 (gemeindefreies Gebiet), Abteilung Frohnbach.

Abstimmungsergebnis: 0 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen einstimmig abgelehnt

4. Lagerung von Brennholz auf gemeindlichem Grund - Änderung des Beschlusses vom 08.10.2013

Mit Beschluss vom 08.10.2013 hatte der Gemeinderat verschiedene Bedingungen für die Nutzung von gemeindlichem Grund zur Lagerung von Brennholz festgelegt, u.a. wurde das Abdecken des Holzes mit Planen untersagt.

Zwischenzeitlich wurden die Holzplätze von der Verwaltung aufgenommen. Dabei wurde dieser Punkt seitens der Nutzer immer wieder moniert und vielfach darum gebeten, dass der Gemeinderat seine Entscheidung diesbezüglich überdenkt.

Bürgermeister Karle erklärt hierzu, dass es nach seiner Vorstellung künftig nur noch ausgewiesene Lagerplätze geben soll. Hier könnte das Holz dann auch mit dunklen bzw. nicht auffallenden Planen abgedeckt werden. Die Holzlagerung entlang von Waldrändern sollte mittelfristig generell verboten werden, womit auch die Abdeckplanen von dort verschwinden würden.

Hierzu gibt es auch gegenläufige Stimmen. Mit der Aufhebung des Verbotes von Abdeckplanen bliebe eines der Hauptprobleme, die überall herumliegenden, zerrissenen Planen, ungelöst. Außerdem werde der künftige Überwachungsaufwand noch höher.

Beschluss: Der Beschluss vom 08.10.2013 zur Lagerung von Brennholz auf Gemeindegrund wird dahingehend geändert, dass das Abdecken von Brennholz mit unauffälligen Planen in gedeckten Farben erlaubt ist. Die Planen sind vom Nutzer regelmäßig zu überprüfen, ob sie ausreichend befestigt sind. Defekte Planen sind umgehend auszutauschen, restlos zu beseitigen und ordnungsgemäß zu entsorgen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen

5. Festlegung der Höhe des Erfrischungsgeldes für ehrenamtliche Wahlhelfer/innen bei der Kommunalwahl 2014

Für die kommende Kommunalwahl werden 64 ehrenamtliche Wahlhelferinnen und Wahlhelfer benötigt. Diese erhalten ein sog. Erfrischungsgeld, welches bei der letzten Kommunalwahl bei 30,- Euro lag.

Allgemein ist eine Erhöhung des Erfrischungsgeldes auf 40,- Euro angedacht. Hiervon werden 50 % vom Landkreis übernommen. Die Gesamtkosten für die Gemeinde betragen somit 1.280,- Euro.

Die Höhe des Erfrischungsgeldes ist formell vom Gemeinderat zu beschließen. Der Beschluss gilt nur für die Kommunalwahl. Für andere Wahlen, bei denen der Aufwand wesentlich geringer ist, wird die Höhe des Erfrischungsgeldes neu festgelegt.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth beschließt für die Kommunalwahl 2014 eine Erhöhung des Erfrischungsgeldes für ehrenamtliche Wahlhelferinnen und Wahlhelfer auf 40,- Euro.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

6. Verschiedenes

- Die Termine für die Bürgerversammlungen 2014 werden wie folgt festgelegt:
 - o Mittwoch, 26.03. in Wartmannsroth
 - o Freitag, 28.03. in Heiligkreuz
 - o Sonntag, 30.03. in Völkersleier
 - o Mittwoch, 02.04. in Waizenbach
 - o Freitag, 04.04. in Schwärzelbach
 - o Samstag, 05.04. in Windheim
 - o Sonntag, 06.04. in Dittlofsroda

 - Am Sonntag, den 25.05.2014 finden die Wahlen zum Europaparlament statt. Bürgermeister Karle stellt zur Diskussion ob wieder zentral in Wartmannsroth gewählt werden soll oder ob wie jetzt bei der Kommunalwahl auch in den Ortsteilen Wahllokale eingerichtet werden sollen. Hierzu werden folgende Fakten dargestellt:
 - o Die Erfahrung von der Bundes- und Landtagswahl hat gezeigt, dass die Zentralität der Wahllokale keinen Rückgang der Wahlbeteiligung zur Folge hatte.
 - o Trotz der Einrichtung der Wahllokale vor Ort wird auch bei der Kommunalwahl der Trend zur Briefwahl anhalten.
 - o Im Gemeindeboten wurde zweimal öffentlich zur Meldung von freiwilligen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern aufgerufen. Insgesamt haben sich 6 Personen freiwillig gemeldet.
 - o Die Wahlbeteiligung bei der letzten Europawahl lag mit 970 Wählern knapp über 50 %. Geht man wieder von einem Briefwähleranteil von 50 % aus, bleiben weniger als 500 Urnenwähler.
 - o Bei der Europawahl ist das Wahllokal von 08.00 – 20.00 Uhr geöffnet, also zwei Stunden länger geöffnet.
- Der Gemeinderat hält es angesichts dieser Tatsachen für unangebracht bei nicht einmal 500 Urnenwählern knapp 50 Wahlhelferinnen und Wahlhelfer für 12-14 Stunden in 6 Wahllokalen einzusetzen. Deshalb spricht er sich mit 9 zu 2 Stimmen für ein zentrales Wahllokal in Wartmannsroth aus.
- Die Ortssprecher werden wieder angehalten Straßenschäden in ihren Ortsteilen für die anstehenden Ausbesserungsarbeiten zu melden.

Vorsitzender

Schriftführer

Ende der öffentlichen Sitzung. Die Punkte 7 - 10 werden nicht öffentlich behandelt.